



**Beschluss der MU-Landesversammlung – Bayerischer Mittelstandstag  
vom 15. Oktober 2016 in Erlangen**

***Brexit-Verhandlungen zum gegenseitigen  
Vorteil führen – europäischen Binnenmarkt  
stärken – keine Sozialversicherungsunion***

Staatsregierung, CSU-Landesgruppe und CSU-Europagruppe sollen darauf hinwirken, dass EU-Kommission, Europaparlament und Nationalstaaten die Verhandlungen mit Großbritannien zum Austritt aus der EU mit folgenden Zielen führen und begleiten:

- Großbritannien soll nach Möglichkeit einen Zugang zum Europäischen Binnenmarkt behalten, der zum beiderseitigen Vorteil der Europäischen Union ebenso wie Großbritanniens ist.
- Dieser Zugang hat die entsprechenden Regeln und Anforderungen der Europäischen Union vollumfänglich zu achten – es darf keine einseitigen Sonderregelungen („Rosinenpickerei“) geben.
- In diesem Zusammenhang ist für die gesamte Europäische Union deutlich zu machen und durch rechtliche bzw. politische Maßnahmen zu gewährleisten: die Wirtschafts- und Währungsunion des europäischen Binnenmarktes mit ihrer Personenfreizügigkeit bedeutet keine Sozialversicherungs-Union – Ansprüche von EU-Bürgern an die Sozialsysteme anderer Länder ohne die entsprechenden Einzahlungen in die Versicherungssysteme sind zu vermindern bzw. ganz zu beseitigen. Eine Sozialversicherungs-Union bzw. eine Vereinheitlichung der europäischen Sozialsysteme ist ganz klar abzulehnen.

Diese sollen weiterhin national geregelt werden, im Sinne von mehr Freiheit, Wettbewerb und Wohlstand.

- Ein eventueller Verbleib Großbritanniens in der EU muss möglich sein. Ein eventueller Wiedereintritt darf nicht zusätzlich erschwert werden.

### **Begründung:**

Ein wirksamer Schutz der europäischen Außengrenzen, ein funktionierender Binnenmarkt und ein stabiles Euro-System sind zwingend für Bayerns und Deutschlands Sicherheit und Wohlstand. Bayern und Deutschland leben vom freien Wirtschaften im europäischen Binnenmarkt.

Die Brexit-Abstimmung in Großbritannien stellt uns in der Europäischen Union vor große Herausforderungen. Großbritannien ist Deutschlands natürlicher Verbündeter für eine freie, marktwirtschaftliche Politik – gegen die Schuldenpolitik der Sozialisten in anderen Ländern. Ein Austritt Großbritanniens aus der EU wäre nicht im Interesse Deutschlands und Bayerns.

Großbritannien ist zweitgrößter Nettozahler, außenpolitisches Schwergewicht und ein wichtiger Verbündeter der CDU/CSU in europapolitischen Fragen. Gerade in Fragen des Binnenmarktes (Dienstleistungsfreiheit, TTIP), der Energiepolitik (Strombinnenmarkt aber keine kleinteilige Regulierung) und der Subsidiarität (soziales Europa aber keine Sozialunion) sind die Briten ein wichtiger Bündnispartner.

Ohne Großbritannien fehlen Deutschland wichtige Stimmen in Rat und Parlament für eine liberale, wirtschaftliche Ausrichtung und gegen den Weg in eine finanzielle Transferunion.

In unserem Interesse liegt es, ein weiterhin möglichst enges Verhältnis zu Großbritannien zu pflegen – wirtschafts- und sicherheitspolitisch sowie als Verbündete und Träger gemeinsamer Werte: Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie und Marktwirtschaft.

In diesem Sinne sollen die Brexit-Verhandlungen mit dem Ziel eines beiderseitig optimalen Auskommens geführt werden. Die Brexit-Diskussion muss mit Bedacht geführt werden und sollte den Briten Optionen zum Verbleib im Binnenmarkt und

auch in der EU einräumen. Ohne die Briten wird Deutschland mehr politische Verantwortung übernehmen müssen, ist aber gleichzeitig nicht mehr in der Lage, finanziellen Begehrlichkeiten der Kohäsions- und südeuropäischen Länder in Rats- und Parlamentsabstimmungen entgegenzuwirken. Die bestehende Integrationstiefe z. B. in Haushaltsfragen der Agrar- und Strukturpolitik wird Deutschland deshalb genauso hinterfragen müssen, wie die industrie- und sozialpolitische Ausrichtung der EU. Umso dringlicher wird es, die Europäische Union auf die wichtigen Kernfragen zu konzentrieren und allen Bestrebungen in Richtung finanzielle Transferunion eine sehr deutliche Absage zu erteilen.

Zugleich darf es zu keinen Sonderregelungen kommen, die anderen Nicht-EU-Staaten nicht auch offen stünden. Ein großes Problem für das mangelnde Vertrauen in die Politik der EU und der Nationalstaaten auf EU-Ebene ist das mangelhafte Durchsetzen klarer Regeln. Hier darf es keinen neuen Präzedenzfall geben.

Die endgültige Entscheidung nach dem rechtlich unverbindlichen und zumal sehr knappen Abstimmungsvotum und nach einem Wahlkampf, der auch von Lügen und Halbwahrheiten gegenüber der Europäischen Union geprägt war, liegt beim britischen Parlament bzw. der britischen Regierung. Ein eventuell doch noch gewünschter Verbleib bzw. ein Wiedereintritt Großbritanniens darf nicht zusätzlich erschwert werden.